

Reparationsforderungen

Griechenland fordert bis zu 290 Milliarden Euro

Das griechische Parlament hat beschlossen, von Deutschland eine Entschädigung für die Verbrechen im Zweiten Weltkrieg zu verlangen. Diplomatische Schritte sollen folgen.

18. April 2019, 10:12 Uhr / Quelle: Zeit Online, AFP, dpa, jul / 1.590 Kommentare



Nach dem Ende der internationalen Hilfsprogramme sei der richtige Zeitpunkt für die Forderung nach Reparationszahlungen gekommen, heißt es aus Athen. © Angelos Tzortzinis/AFP/Getty Images

Das griechische Parlament [<https://www.zeit.de/thema/griechenland>] hat beschlossen, offiziell von Deutschland Reparationszahlungen für die Kriegsschäden und -verbrechen im Zweiten Weltkrieg einzufordern. Die Mehrheit der Abgeordneten stimmte für eine Resolution, welche die Regierung von Ministerpräsidenten Alexis Tsipras dazu verpflichtet, die Entschädigungsforderungen "mit allen notwendigen diplomatischen und rechtlichen Schritten" durchzusetzen. Es geht einer griechischen Expertenkommission zufolge um bis zu 290 Milliarden Euro. Die rechtsextreme Partei Goldene Morgenröte fordert 400 Milliarden Euro. Die Bundesregierung bekräftigte, dass sie alle Ansprüche als bereits abgegolten betrachtet.

"Die Forderung von Reparationszahlungen ist für uns eine historische und

moralische Pflicht", sagte Regierungschef Alexis Tsipras. Die Ansprüche erfolgreich geltend zu machen ist eines seiner Wahlversprechen aus dem Jahr 2015. Er habe das Thema nicht mit der schweren Finanzkrise der vergangenen Jahre und den Schulden des Landes verquicken wollen, erklärte Tsipras. Jetzt aber, nach dem Ende der internationalen Hilfsprogramme, sei der richtige Zeitpunkt gekommen. "Wir haben jetzt die Chance, dieses Kapitel für beide Völker abzuschließen."

Beginnen sollen die Verhandlungen mit einer sogenannten Verbalnote, üblicherweise die Nachricht eines anderen Staates an das deutsche Außenministerium. Wichtig sei ihm, mit Deutschland auf Augenhöhe und freundschaftlich zusammenzukommen, so Tsipras im Parlament.

Massaker und Zwangskredite

Bei der Debatte im Parlament wurden Augenzeugenberichte von den Nazimassakern verlesen. Unter der Besatzung Hitlerdeutschlands von April 1941 bis September 1944 wurden rund 300.000 griechische Staatsangehörige getötet. Die Nazis verübten zahlreiche Massaker, etwa in Lingiades, Distomo, Kalavryta, Kandanos oder Viannos. Außerdem nahm die Besatzungsmacht 1942 bei der griechischen Zentralbank einen Zwangskredit auf, der damals auf knapp 500 Millionen Reichsmark beziffert wurde und heute mit Zinsen einige Milliarden Euro wert wäre.

Von Deutschland sei nichts zu erwarten, sagten einige Parlamentarier: "Die deutsche Seite ist der Meinung, dass sie das Thema mit der Zahlung von 160 Millionen Mark an die Opfer und der Aufnahme von rund 420.000 Gastarbeitern abgegolten hat", sagte Oppositionspolitiker Vasilis Leventis.

Regierungssprecher Steffen Seibert hatte am Mittwoch in Berlin gesagt, die Regierung wisse "um die große Schuld und das große Leid", das Deutschland zu Zeiten des Nationalsozialismus über Griechenland gebracht habe. Die Frage nach Reparationen [<https://www.zeit.de/2018/05/reparationen-nazi-deutschland-holocaust-opfer-entschaedigung>] sei jedoch juristisch wie politisch abschließend geregelt. Die Regierung stützt sich dabei auf den 1990 zur Wiedervereinigung unterzeichneten Zwei-plus-Vier-Vertrag. Juristen und Historiker beider Länder sind sich jedoch uneins über das Anrecht der Griechen auf Reparationen. Der Konflikt könnte schließlich vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag landen.

Nach dem Beschluss aus Griechenland forderte am Donnerstag auch Polens Reparationsbeauftragter Arkadiusz Mularczyk entsprechende Schritte vom polnischen Parlament. "Die Entscheidung des griechischen Parlaments zeigt, dass

die Internationalisierung der Angelegenheit in Sachen Kriegsreparationen aus Deutschland realistisch ist", schrieb der nationalkonservative Politiker der Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit bei Twitter. Aus Polen wurden zwar seit 2017 wiederholt Forderungen nach Entschädigungen aus Deutschland für den Zweiten Weltkrieg laut. Offizielle Ansprüche der Regierung gab es bisher aber nicht.